

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich: Riefaer Tageblatt.
Gesamt Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534
Verlagsamt Riesa Nr. 52.

Nr. 216.

Mittwoch, 16. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverzierungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Auffschlag. Feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die alliierte Einladung in Berlin.

Die Einladung der alliierten Regierungen befindet sich nun in den Händen des Außenministers Dr. Stresemann, der mit dem französischen Vorkämpfer der Margerie bei der Ueberreichung der Mitteilung eine längere Beratung hatte. Aus den höflichen Erklärungen des französischen Vorkämpfers geht hervor, daß Frankreich tatsächlich zwei Konferenzen im Auge hat, die unmittelbar aufeinander folgen sollen. Zunächst will man die Außenminister veranlassen und zwar — wie vorläufig nur privat mitgeteilt worden ist — in Lausanne, wo man Gelegenheit haben werde, auch mit den maßgebenden Kreisen des Völkerbundes in Fühlung zu treten. Dieser Vorschlag ist aber nur ganz inoffiziell und bildet nicht irgend ein Bestandteil der alliierten Einladung an die deutsche Regierung.

Die schriftliche Mitteilung an die deutsche Regierung enthält lediglich die Feststellung, die alliierten Regierungen seien entsprechend ihren früheren Anregungen der Auffassung, daß es wünschenswert erscheine, nunmehr eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Der Ort der Zusammenkunft ist überhaupt nicht genannt worden. Hinsichtlich des Zeitpunktes erscheint den Alliierten die Zeit gegen Ende September oder Anfang Oktober geeignet.

Die deutsche Antwort auf die alliierte Einladung wird, wie wir hören, schon am Montag abend nach dem vom Reichskanzler einberufenen Kabinettsrat nach Paris abgesandt werden. Vorher ist es allerdings notwendig, daß sich das Reichskabinet über alle wesentlichen Punkte der außenpolitischen Lage vollständig einig sein wird. Einige unterrichtete Kreise des Auswärtigen Amtes behaupten, daß man schon jetzt mit einer Annahme der alliierten Einladung durch das Reichskabinet rechnen könne. Allerdings werde sich die deutsche Regierung vorher vergewissern, daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß die Ministerkonferenz nicht etwa zu einem abschließenden Ergebnis führe, sondern nur zur Vorbereitung einer Vollkonferenz dienen soll. Es kann daher auch noch nicht gesagt werden, ob sich Reichskanzler Dr. Luther an der Ministerkonferenz beteiligen wird, denn zunächst wird festgestellt werden müssen, inwieweit die alliierten Regierungen bereit sind, sofort nach Beendigung der Ministerbesprechung eine Einladung zu einer Konferenz aller führenden Staatsmänner ergeben zu lassen. Aus diesem Grunde wäre es denkbar, daß zunächst nur der Außenminister Dr. Stresemann an den Verhandlungen teilnimmt und erst nach Zusammenritt der großen Konferenz eine deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers entsandt wird. Die Beschlüsse des Reichskabinetts werden sich jedenfalls ganz danach richten, welchen Charakter die jetzt überreicherte Einladung in Wirklichkeit hat und in welchem Rahmen sich die geplante Ministerkonferenz vollziehen soll. Man darf hierbei nicht übersehen, daß der neue Schritt der alliierten Regierungen noch keine Handhabe zur Schaffung bestimmter Tatsachen bietet und daß die Frage vollständig offen gelassen worden ist, auf welchem Wege eine große Konferenz zum Abschluß des Sicherheitspaktes zustande gebracht werden soll.

Die deutsche Regierung hat es jetzt in ihrer Hand, den alliierten Mächten präzise Vorschläge über die Art der bevorstehenden Verhandlungen zu machen. Sie kann, wenn sie es für zweckmäßig hält, die Einladung zu der geplanten Ministerkonferenz annehmen oder auch ablehnen, denn auf jeden Fall hat das deutsche Kabinet volle Handlungsfreiheit, um verlangen zu können, daß es vorher bei allen Vereinbarungen über die Einberufung einer Sicherheitskonferenz gehört wird. Für die nächsten Tage hat man daher mit einer regen diplomatischen Tätigkeit zu rechnen, die dazu dienen soll, die Situation zerkleinern zu können.

Das Eingreifen Rußlands.

Berlin. Im Augenblick der Ueberreichung der alliierten Einladung an die deutsche Regierung ist aus Warschau eine Aufsehen erregende Meldung eingetroffen, die für die bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen von großer Bedeutung ist. Danach hat die russische Sowjetregierung das Warschauer Außenministerium davon verständigt, daß der russische Volkstommisär für Auswärtiges, Tschitscherin, am kommenden Sonntag in Warschau einreisen wird, um mit der polnischen Regierung zu verhandeln. Daraus ist hat sich der in dem weitläufigen polnischen Außenminister Graf Straszynski sofort mit Brand in Verbindung gesetzt.

Wie wir aus Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, hängt der Schritt Tschitscherins unmittelbar mit der Sicherheitsfrage zusammen. Inzwischen ist in Berlin die Nachricht eingetroffen, daß Tschitscherin sich von Warschau aus nach Berlin begeben soll. Es ist daher anzunehmen, daß der russische Außenminister sich auch mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Luther und dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann in Verbindung setzen wird. Da jedoch vorläufig noch sehr wenige Einzelheiten über die Absichten Rußlands vorliegen, wird allgemein angenommen, daß die russische Politik einen Gegenschlag gegen die Sicherheitsverhandlungen führen und die deutsche Regierung vor neue Tatsachen stellen will. Trifft diese Vermutung zu, so würde der Vorstoß Rußlands von ganz unabsehbarer Tragweite sein.

Der Besuch des Reichspräsidenten im Ruhrgebiet.

Abd. Berlin. Das endgültige Programm für den Besuch des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Preussischen Ministerpräsidenten im Ruhrgebiet ist nunmehr folgendermaßen festgesetzt:

Am 17. September um 8 Uhr früh erfolgt die Abfahrt von Berlin. Nach einer Begrüßung durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen im Ruhrgebiet erfolgt die Ankunft in Bochum um 3.20 Uhr. Um 4 Uhr findet ein kurzer Imbiß im oberen Saal des Parkhauses statt. Um 5 Uhr wird vor dem Parkhaus in Bochum eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. Dabei werden der Oberpräsident von Westfalen, der Oberbürgermeister von Bochum, der Reichskanzler, der Preussische Ministerpräsident und der Reichspräsident Ansprachen halten. Um 7 Uhr erfolgt die Abfahrt nach Essen. Um 7 1/2 Uhr die Ankunft in Essen. Die Ankomenden werden von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz und dem Regierungspräsidenten empfangen. Um 8 Uhr findet ein politisch-parlamentarischer Abend im Kaiserhof in Essen statt, wobei Ansprachen von dem Oberbürgermeister Dr. Bracht und von dem Reichskanzler gehalten werden.

Am 18. September werden um neun Uhr vormittag die Schulkinder dem Reichspräsidenten vor seiner Wohnung in der Waldhaufenstraße Villa ein Ständchen bringen; um 9.30 Uhr findet eine Vorlesung von Verknäppen statt, um 11 Uhr eine vaterländische Kundgebung mit Reden des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, des Oberbürgermeisters von Essen, des Preussischen Ministers des Innern und einer Ansprache des Reichspräsidenten. Um 12 Uhr erfolgt die Fahrt zum Hügel, wo um 12.30 Uhr auf Einladung des Herrn Krupp v. Bohlen und Salbach ein Festmahl stattfindet. Um 3.18 Uhr erfolgt die Abfahrt mit Sonderzug nach Duisburg. Ankunft daselbst um 3.50 Uhr. Um 4.20 Uhr Abfahrt zur Rheinbrücke in Duisburg-Ruhrort. Um 5.20 Uhr beginnt eine Festkutschfahrt mit dem Vorspiel auf der Festwiese aus den Weistingermauern von Ruhrort. Um 6.30 Uhr ist allgemeiner Besuch auf dem Theaterplatz. Um 7 Uhr Abfahrt mit dem festplanmäßigen Güterzug nach Düsseldorf. Ankunft daselbst 7.23 Uhr; Empfang und Abendessen beim Landeshauptmann der Rheinprovinz Porion.

Am 19. September findet um 9.30 Uhr vormittags im Plenarsaal des Regierungsgebäudes die Vorstellung der leitenden preussischen Staats- und Kommunalbeamten statt, wobei der Oberpräsident des Landesfinanzamtes eine Ansprache halten wird. Um 10.30 Uhr Abmarsch zum Stadion, um 11 Uhr Festspiele und Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes an den Reichspräsidenten. — Um 12.45 Uhr erfolgt die Rückreise nach Berlin.

Parteitag der Wirtschaftspartei.

Abd. Köln. Der diesjährige Parteitag der Wirtschaftspartei in Köln war außerordentlich stark besucht. Aus ganz Deutschland hatten sich Delegierte und Gäste eingefunden. Als Vertreter des bayerischen Bauernbundes war Reichstagsabgeordneter Katteneber erschienen, ferner waren am Abend die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion, Vertreter der Bundesstaatlichen Parlamente, der Provinziallandtage, sowie als Vertreter der Deutschhannoveraner der Landtagsabgeordnete Arndt.

Nach einer Begrüßungsansprache des Parteivorstehenden, Reichstagsabgeordneter Dreiwitz, wurden die Kommissionen gewählt, worauf Abg. Dreiwitz einen längeren Tätigkeitsbericht der Reichstags- und Landtagsfraktion gab und sich im Anschluß daran über die Stellung der Partei zu den wichtigsten Tagesfragen äußerte. Abg. Dreiwitz kritisierte zunächst die bisherige Wirtschafts- und Steuerpolitik, die sich in erster Linie gegen den erwerbstätigen Mittelstand auswirkte, präferierte die Stellungnahme der Partei zu der Aufwertungs-, Steuer- und Zollfrage, sowie zum Reichshaushalt. Er forderte eine vernünftige, auf absoluter Sparsamkeit aufgebaute Wirtschaft, Einschränkung aller unnützen Ausgaben und Reduzierung der Steuern auf ein volkswirtschaftlich tragbares Maß. Im weiteren Verlauf seiner Rede gab er einen kurzen Überblick über die Entstehung und Arbeit der Partei aus Anlaß ihres fünfjährigen Bestehens und schloß mit der Aufforderung, trotz der neuerdings sich wieder bemerkbar machenden Defizite festzuhalten.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Vredt entwickelte in großen Zügen das kulturelle und außenpolitische Programm der Partei und ihre Haltung in der Frage des Sicherheitspaktes. Den Völkerverbund lehnte er solange ab, als nicht bestimmte Vorteile für Deutschland daraus hervorgingen. Deutschland müsse sich darauf einstellen, in Rußland wirtschaftliche Ausdehnungsmöglichkeiten zu gewinnen, sobald dieser Staat zu vernünftigen Wirtschaftsmethoden zurückkehre. Der intellektuelle Mittelstand müsse zur Mitarbeit in der Partei herangezogen werden, der Mittelstand sei der eigentliche Hort deutscher Kultur und deutschen Lebens gewesen und müsse daher mehr und mehr den kulturellen Problemen seine Aufmerksamkeit zuwenden. In der Frage der Kirche und Schule forderte der Redner eine eigenständige Stellungnahme mit der Reichsleiterbewegung. Der Mittelstand trete an sich durchaus auf dem Boden der Toleranz und wende sich daher gegen jeden Zwang auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens. Der Redner schloß seine durch häufigen lebhaften Beifall unterbrochenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß der Mittelstand auch in Zukunft die feste Stütze des deutschen Vaterlandes bleiben möge.

In Reichspräsident Hindenburg wurde ein Telegramm abgefaßt.

Der Besuch des französischen Unterrichtsministers.

Abd. Berlin. Der französische Unterrichtsminister de Monzie hat, wie bereits gemeldet, am Dienstag vormittags dem preussischen Kultusminister Prof. Dr. Becker einen Besuch gemacht und eine etwa einstündige Unterredung mit ihm gehabt, bei der die Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten erörtert wurden.

In einem anschließenden Frühstück nahmen neben dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns, dem französischen Postminister de Margerie, dem Staatssekretär Schuber, Zweigert und Lammerz der frühere preussische Kultusminister Schmidt-Li, namhafte Vertreter der Kunst und Wissenschaft teil.

Minister Dr. Becker

Herr de Monzie willkommen. Mit Genugtuung begrüßte er den Besuch des französischen Ministers. Die Wissenschaft sei ihrem Wesen nach international; aber der Mensch, der sie erzeuge, gehöre dem nationalen Boden an, in dem er wuchs. Daraus ergäben sich Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten, wenn ihre Völker in Konflikte gerieten. So sei die Zusammenarbeit der Gelehrten in Assoziationen und auf Kongressen ohne deutsche Schuld nach dem Kriege nicht wieder oder nur vereinzelt aufgenommen worden; vielmehr sei nach dem Kriege eine Fortschrittbewegung gegen Deutschland eingeleitet worden. Um so freudiger begrüße er die vorzeitliche Initiative, die Herr de Monzie ergriffen habe, und heiße ihn als Vorkämpfer der gegenseitigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland willkommen.

Herr de Monzie

auf die Schwierigkeiten hin, die bis in die letzten Monate die Wiederherstellung des Kontakts zwischen den deutschen und den französischen Gelehrten hinausgeschoben hätten, und setzte durch eine Reihe von Beispielen, daß die französische Regierung sich lange vor dem Kongreß vom 2. Dezember v. J. bemüht habe, den Beziehungen zwischen Gelehrten und Universitäten mögliche Objektivität zu sichern. Die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiete müsse bestehen in dem Austausch von führenden Köpfen der Wissenschaft, in dem Austausch der studentischen Jugend und in wechselseitiger Beteiligung an den Ausstellungen und in wechselseitiger Beteiligung an den Ausstellungen von Kunst und Kunstgewerbe. Um eine persönliche Beziehung zu geben, ergriff Prof. Brauns das Wort und führte aus, man dürfe nicht gleich Massenwirkungen erstreben; vielmehr solle man an die Kreise appellieren, in denen der Gedanke an eine wissenschaftliche Zusammenarbeit lebendig geblieben sei. Die Mehrzahl der französischen Gelehrten verneine sich vor dem, was die deutsche Wissenschaft zum Fortschritt der Geistes beigesteuert habe. Niemals habe er selber vergessen, was er den deutschen Meistern der Wissenschaft der romanischen Sprachen verdanke. Es würde für die Menschheit ein Unglück bedeuten, wenn die beiden größten Kulturvölker nebeneinander arbeiten wollten, ohne sich um eine gegenseitige Ergänzung zu bemühen. Als eins der ersten Werke der intellektuellen Zusammenarbeit nannte er die Schaffung einer gemeinsamen Bibliothek. Dadurch würde, erklärte er zum Schluß, ein Werk des guten Willens wieder aufgenommen werden zum gemeinsamen Fortschritt und zur gegenseitigen Achtung.

Um das Reichsschulgesetz.

Gestern traten in Weisig die Vertreter der Länderregierungen zusammen, um in unerschütterlichen Besprechungen zum Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Als Ergebnis des ersten Tages der Besprechungen wird gemeldet, daß unter den Ländervertretern kein Einverständnis über den Gehalt des Gesetzes herrscht. Die Vertreter mehrerer großer Länder sollen sich gegen eine baldige Forderung der bestehenden Volksschulgesetzgebung im Sinne des Entwurfs ausgesprochen haben.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin. (Funkpruch.) Am Mittwoch, den 23. September, vormittags um 10 Uhr tagt der Auswärtige Ausschuss des Reichstages mit der Tagesordnung: „Außenpolitische Aussprache“.

Sachverständigenbericht über Frankreichs Zahlungsfähigkeit.

Paris. Nach einer Meldung aus Washington haben die amerikanischen Sachverständigen Coolidge einen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Frankreichs überreicht. Sie kommen in diesem Bericht zu dem Schluß, daß im Augenblick von Frankreich Zahlungen nicht gefordert werden können. Erst müßte Frankreich sein Budget ins Gleichgewicht bringen, ehe es an eine Amortisation seiner auswärtigen Schulden denken könne. Es sei, so heißt es in dem Bericht, nicht wahrscheinlich, daß der Ertrag der Reparationszahlungen steige. Frankreich könne nicht die Hoffnung hegen, daß Deutschland seine Finanzlage verbessern könne. Was Frankreich tun müsse, sei erstens seine inneren Schulden stark herabzusetzen und zweitens seine Ausgaben, besonders die militärischen, stark zu vermindern. Die Sachverständigen geben der Hoffnung Ausdruck, daß der Abschluß des Sicherheitspaktes und die Organisation der Entwarnung des Frankreich gestatten werden, sein militärisches Budget stark herabzusetzen.